

Preise, Löhne, Arbeitslosigkeit : ein Beitrag zur Frage der "Anpassung"

Autor(en): **Gawronsky, V.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **26 (1934)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352705>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 8

August 1934

26. Jahrgang

Preise, Löhne, Arbeitslosigkeit.

Ein Beitrag zur Frage der „Anpassung“.

Von Dr. V. Gawronsky.

Seitdem von den Verbänden und Organisationen des werktätigen Volkes die Initiative zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise lanciert worden ist, flammt immer wieder in Wort und Schrift der Streit um die sogenannte Anpassung auf. Die Gegner der Initiative werden nicht müde zu behaupten, dass der angeblich überhöhte Preis- und Lohnstand in der Schweiz unserer Wirtschaft den Anschluss an den Weltmarkt verunmögliche, unsere Industrie ihrer Konkurrenzfähigkeit beraube und die Krise in unserem Lande nicht nur verschärfe, sondern zu einer dauernden Erscheinung zu machen drohe. Sie halten uns diejenigen Länder, die sich auf den Weg der Deflation begeben haben, als Beispiel vor, und es erblickt keine mussolinische Abbauverordnung und kein Doumerguesches Spardekret das Licht der Welt, ohne dass sie von neuem die Notwendigkeit betonen, kühn und entschlossen den dornigen Pfad der Anpassung zu beschreiten.

Statt abstrakter Argumente dafür und dagegen wollen wir heute ein paar statistische Daten anführen, die uns darüber belehren sollen, ob hohe Löhne und Preise wirklich mit einer Lähmung des gesamten Wirtschaftslebens gleichbedeutend und die Senkung der Lebenshaltung in der Tat geeignet sei, die Krise der Wirtschaft zu beheben.

Die Deflationsthese stammt ja nicht erst von heute oder gestern; vor Jahren schon haben sie gewisse Staaten — wir denken dabei an Deutschland und Italien — zur Maxime ihrer Wirtschaftspolitik erhoben, und andere sind bereits mit einem unterdurchschnittlich niedrigen Lohn- und Preisniveau — so die Tschechoslowakei und Oesterreich — in die Krise eingetreten. Sollten die Behauptungen der Abbaufreunde richtig sein, so müssten sich doch offenbar die genannten Länder dadurch auszeichnen, dass die Krise

dort besonders milde Formen angenommen hat, während in den Ländern mit hohem Lohn- und Preisniveau, also auch in der Schweiz, die durch die Krise angerichteten Verheerungen besonders gross wären. Sehen wir zu, wie sich die Dinge in Wirklichkeit verhalten.

Einer der besten Gradmesser der Wirtschaftskonjunktur ist unbestritten die Arbeitslosenstatistik. Wir vergleichen daher den Stand und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen wichtigen Industriestaaten seit dem Höhepunkt der letzten Konjunkturperiode. Um eine zweckmässige Vergleichsgrundlage zu gewinnen, rechnen wir die in den statistischen Monatsbulletins des Völkerbundes zusammengestellten absoluten Zahlen in Verhältniszahlen um.

Zahl der Arbeitslosen auf 1000 Einwohner.

	Ende	VI.	XII.	VI.	XII.	VI.	XII.	VI.	XII.	VI.	XII.	VI.	XII.	V.
	1928	28	29	29	30	30	31	31	31	32	32	33	33	34
Deutschland . . .	11 ¹	28 ¹	19	44	41	68	61	87	84	88	68	62	39 ²	
Frankreich . . .	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,5	1,2	4	7	7	7	8	9	
Grossbritannien . . .	20	23	19	23	29	40	44	49	51	50	44	42	38	
Holland . . .	—	—	—	—	—	—	—	31	30	43	34	50	38 ⁴	
Italien . . .	6	9	5	10	8	15	14	23	21	27	21	27	23	
Oesterreich . . .	—	—	—	—	—	—	—	58	49	67	56	63	53	
Schweiz . . .	1,3	2,9	1,1	3,2	2,2	6	3,5	12	10	20	13	23	11	
Tschechoslowakei . . .	2,2	2,7	2,3	3,6	5	16	15	33	32	50	46	53	42	
Vereinigte Staaten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85 ³	

¹ Unterstützte Arbeitslose.

² Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamts, welche uns zuverlässiger erscheint als die offiziellen Angaben, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Mai 1934 52 auf 1000 Einwohner

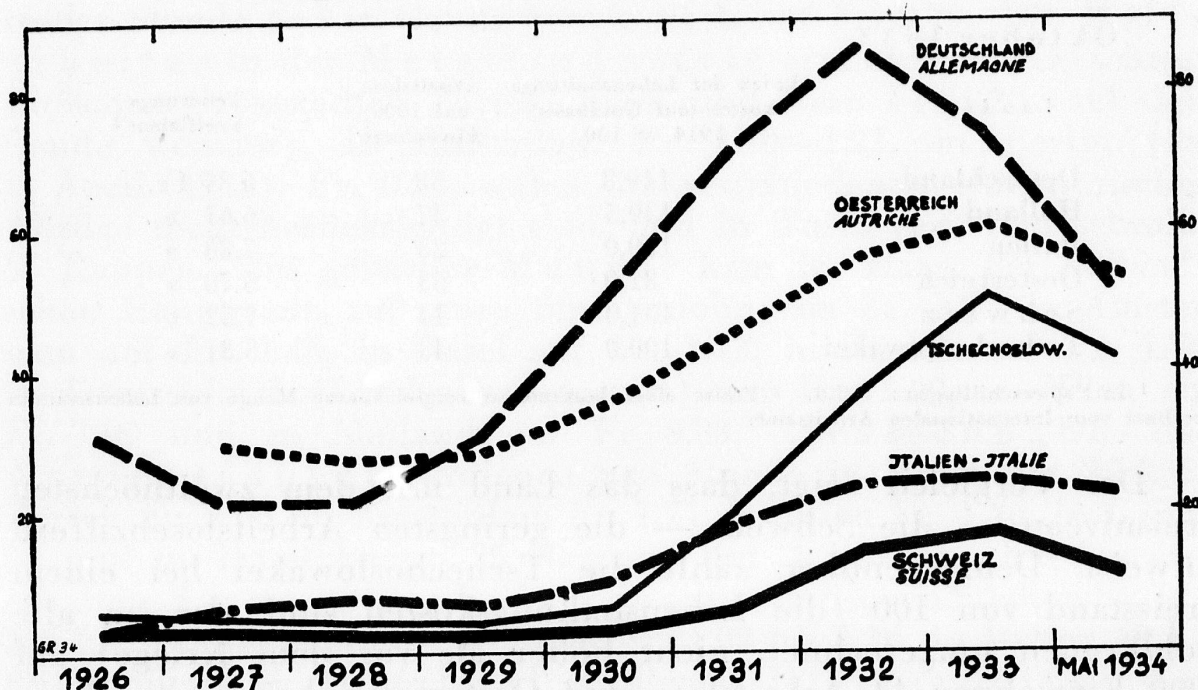
³ Schätzung des Internationalen Arbeitsamts.

⁴ April 1934.

Unter diesen neun Ländern (zu denen alle bedeutenden europäischen Industriestaaten mit Ausnahme von Belgien und Schweden, deren Arbeitslosenstatistik keine Vergleichsmöglichkeit bietet, gehören) nimmt, wenn man sie in der Reihenfolge des relativen Umfangs der Arbeitslosigkeit ordnet, die Schweiz den zweitletzten Platz ein. Sie zählte Ende April 1934 etwas mehr als die Hälfte der Arbeitslosen Italiens (immer auf 1000 Einwohner bezogen), genau ein Drittel der Arbeitslosen Englands und weniger als ein Viertel der Arbeitslosen Oesterreichs. Ende Mai 1934 zählte sie weniger als ein Viertel der Arbeitslosen der Tschechoslowakei, etwas mehr als ein Fünftel der Arbeitslosen Deutschlands (auf Grund der Schätzung des Internationalen Arbeitsamtes) und etwas mehr als ein Achtel der Arbeitslosen der USA. Einzig die französische Republik kann mit noch geringeren Arbeitslosenziffern als die Schweiz prunken (Ende Mai 1934 in Frankreich 9 Arbeitslose auf 1000 Einwohner gegenüber 11 in der Schweiz), aber dieser Vorteil beruht nicht zuletzt darauf, dass die französische Industrie wegen chronischen Arbeitermangels in der Hochkonjunktur ausserordentlich viel ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, die bei sinkender Konjunktur grossenteils in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden und den innerfranzösischen Arbeitsmarkt nicht be-

lasten. Ausserdem ist die französische Arbeitslosenstatistik sehr lückenhaft.

Arbeitslosigkeit in Promille der Bevölkerung 1926/1934.



Der verhältnismässig günstige Stand der Beschäftigung in der Schweiz rührt nicht erst von der Entlastung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten her. Seit Beginn der Krise weist die Schweiz niedrigere Arbeitslosenziffern auf als die übrigen in unserer Tabelle angeführten Staaten (mit Ausnahme Frankreichs). In der Konjunkturzeit dagegen gelang es der schweizerischen Industrie nicht, restlos alle Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzureihen, so dass die schweizerischen Arbeitslosenziffern nicht nur von Frankreich, sondern gelegentlich (so Ende Dezember 1928) auch von der Tschechoslowakei unterboten wurden, einem Lande, das in der Krisenzeit eine sehr beträchtliche Arbeitslosigkeit aufweist. Diese Erscheinung — verhältnismässig starke Belastung des Arbeitsmarktes in der Konjunktur, verhältnismässig geringe Belastung in der Krise — spricht für die relative Ausgeglichenheit in der schweizerischen Wirtschaftsentwicklung, die weder die extremen Auswüchse der Hochkonjunktur noch die der Krise kennt.

Manche Freunde der Abbaupolitik, die die Augen gegenüber der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in der Schweiz geringer ist als in den meisten Ländern der Welt, nicht verschliessen können, wenden ein, dass die Schweiz nicht wegen, sondern trotz ihres hohen Preis- und Lohnniveaus die schlimmsten Erschütterungen der Krise erspart geblieben seien, dank ihrer umfangreichen Kapitalreserven oder was man sonst etwa noch als plausiblen Grund für die milde Form der schweizerischen Krise anzuführen versucht. Wir wollen sehen, ob sich nicht doch zwischen hohem Preis- und Lohnniveau und grosser Krisenfestigkeit ein Zusammenhang erkennen lässt.

Eine kleine Gegenüberstellung des Indexes der Lebenshaltungskosten und des Umfanges der Arbeitslosigkeit gibt hierfür einen Anhaltspunkt:

Oktober 1933.

Land	Index der Lebenshaltungskosten (auf Goldbasis) 1914 = 100	Arbeitslose auf 1000 Einwohner	Teuerungskoeffizient, ²
Deutschland	119,8	58	6.87 Fr.
Holland	139,5	37	6.61 »
Italien	120,0	23	7.88 »
Oesterreich	81,0 ¹	53	5.70 »
Schweiz	131,0	14	7.52 »
Tschechoslowakei	100,0	43	5.81 »

¹ In Papierschillingen: 105,8. ² Preise einer bestimmten vergleichbaren Menge von Lebensmitteln errechnet vom Internationalen Arbeitsamt.

Der Vergleich zeigt, dass das Land mit dem zweithöchsten Preisniveau — die Schweiz — die geringsten Arbeitslosenziffern aufweist. Demgegenüber zählt die Tschechoslowakei bei einem Preisstand von 100 (die Lebenshaltungskosten sind also, in alte Goldkronen umgerechnet, nicht höher als vor dem Kriege) auf 1000 Einwohner 43 Arbeitslose und Oesterreich bei einem Preisstand von 81 auf Gold- und 105,8 auf Papiergeldgrundlage sogar 53 Arbeitslose auf 1000 Einwohner.

Leicht zu Missverständnissen Anlass geben können die verhältnismässig niedrigen Arbeitslosenziffern Italiens. Man darf nicht ausser acht lassen, dass Italien trotz bedeutenden industriellen Zentren immer noch überwiegend Agrarland ist, beziehen doch nicht weniger als 56 % der Bevölkerung ihren Unterhalt aus der Urproduktion, gegenüber 30 % in Deutschland, 24 % in Holland, 40 % in Oesterreich, 20 % in der Schweiz und 40 % in der Tschechoslowakei. Da die gegenwärtige Arbeitslosigkeit vor allem eine Erscheinung der industriellen Wirtschaft ist, bedeuten 23 Arbeitslose auf 1000 Einwohner für Italien viel mehr als eine entsprechende Zahl in den anderen Ländern, besonders in der Schweiz und in Holland. Die Arbeitslosenziffer Italiens wäre, wenn man die Verschiedenheiten der Bevölkerungsstruktur in die Berechnung einbezöge, nicht niedriger, sondern etwa gleich hoch wie diejenige Hollands und etwa 2½ bis 3mal so hoch wie die der Schweiz.

Es liegt nahe, einem internationalen Preisvergleich einen solchen der Löhne folgen zu lassen. Doch muss von vornherein bemerkt werden, dass alle internationalen Lohnvergleiche an sehr erheblichen Mängeln leiden, die auf die Verschiedenartigkeit der statistischen Unterlagen und Erhebungsmethoden beruhen. Ohne jede Gewähr für absolute Genauigkeit führen wir einige Lohnziffern an, die wir zum grösseren Teil einer Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes vom Oktober 1933, zum kleineren Teil Untersuchungen des deutschen Statistischen Reichsamtes entnommen und in Schweizerfranken umgerechnet haben.

Ein Elektromonteur verdiente im Oktober 1933 in der holländischen Hafenstadt Amsterdam Fr. 1.64 pro Stunde und sein Kollege in Zürich Fr. 1.98. In Wien dagegen brachte es ein Elektromonteur, also ein hochqualifizierter Arbeiter bloss auf Fr. 0.88¹⁾ in der Stunde und in Genua gerade noch auf Fr. 0.79. Ein Hilfsarbeiter in der Metallindustrie erreichte in den schweizerischen Grossstädten Zürich, Basel und Bern Fr. 1.30 (auf dem Lande weniger), in Rotterdam Fr. 1.10—1.21, in Berlin (am 1. April 1933) Fr. 0.85, wobei die verschiedenen obligatorischen Abzüge nicht berücksichtigt sind, und in Turin sage und schreibe 55 Rappen. Ein gelernter Maurer kam im Haag, der holländischen Hauptstadt, auf einen Stundenlohn von Fr. 1.54, in Amsterdam auf Fr. 1.45, in Basel auf Fr. 1.73, in Zürich auf Fr. 1.78, in Deutschland (Landesdurchschnitt) auf Fr. 1.00, in Wien auf Fr. 1.09 und in Mailand auf Fr. 0.83. Strassenbahn- und Autoführer verdienen pro Stunde in Basel Fr. 2.14, in Zürich Fr. 2.05, in Amsterdam Fr. 1.71, in Wien Fr. 1.26, in Genua 94 und in Triest knapp 75 Rappen. Im Eisenbahndienst erhalten Streckenarbeiter in schweizerischen Städten Fr. 1.37 bis 1.51 Stundenlohn, in Holland Fr. 1.02 bis 1.16, in Italien 49 bis 85 Rappen; in Deutschland verdienen Hilfsarbeiter der Reichsbahn im Landesdurchschnitt 78 Rappen. In der tschechoslowakischen Textilindustrie, und zwar in der Brüner Wollfabrikation, betrug der Gesamtdurchschnitt der Stundenverdienste im Jahre 1930 — also zu Beginn der Krise — ganze 58 Rappen, dieweil in der schweizerischen Textilindustrie im selben Jahre sogar Jugendliche unter 18 Jahren 65 Rappen in der Stunde verdienten, Frauen 77 Rappen und gelernte männliche Arbeiter Fr. 1.23.

Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Sie ergeben immer wieder dasselbe Bild: Jene Länder, in denen Löhne gezahlt werden, die vielfach nicht einmal zur Bestreitung des zum Leben Notwendigsten ausreichen, sind von der Krise am schlimmsten heimgesucht worden, die andern dagegen, in denen die Kaufkraft der breiten Volksschichten erhalten blieb, vermögen der Krise viel kräftiger zu widerstehen.

Das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit, die Schweiz, kommt auch in Hinblick auf die Höhe der Nominallöhne an erster Stelle; Holland, das den dritten Rang einnimmt, folgt im Hinblick auf die Nominallöhne an zweiter Stelle. Und die Länder mit grosser und sehr grosser Arbeitslosigkeit — die Tschecho-

¹⁾ Umgerechnet zum Parikurs (Fr. 72.93 für 100 Schilling). Da seit der Schillingabwertung im Jahre 1931 der österreichische Lohn- und Preisstand keine nennenswerten Veränderungen erfahren hat, der Papierschilling in Oesterreich also ungefähr dieselbe Kaufkraft besitzt wie der frühere Goldschilling, vermittelt eine Umrechnung der Löhne zum Parikurs eine bessere Vorstellung vom österreichischen Lohnniveau. Zum Tageskurse (Fr. 56.46 für 100 Schilling) umgerechnet, lägen die österreichischen Löhne in Schweizerfranken noch um rund ein Fünftel niedriger als angegeben.

slowakei, Oesterreich und Deutschland — sind es, die ihre Arbeiter am schlechtesten entlohnen und, mit Ausnahme Deutschlands, schon während der Konjunkturzeit am schlechtesten entlohnt haben.

Es verdient in diesem Zusammenhange einer kurzen Erwähnung, dass, entgegen der landläufigen These der Abbaufreunde, die Länder mit hohem Preis- und Lohnniveau keineswegs diejenigen sind, die die stärksten Exportverluste erlitten haben. In den Jahren 1929 bis 1933 ging der Export wertmässig zurück

in Deutschland	um 62 Prozent
Holland	» 63 »
Italien	» 66 »
Oesterreich	» 65 »
der Schweiz	» 64 »
der Tschechoslowakei	» 72 »

Mit Ausnahme Deutschlands (dessen Exportförderungs politik, gemessen an der Bedenkenlosigkeit der angewendeten Mittel, wohl einzig dasteht) sind es wiederum die Länder mit niedriger Lebenshaltung, die sich also den Ratschlägen der Deflationsfreunde gemäss an die Weltmarktpreise angepasst haben, welche stärkere Exportverluste erlitten haben als die Schweiz — jenes Land, das die Anpassung nach unten vermieden hat und nach Meinung Vieler eigentlich als Preisinsel der wirtschaftlichen Isolierung und dem wirtschaftlichen Ruin anheimfallen sollte.

Wir haben bei unseren Preis- und Lohnvergleichen Grossbritannien nicht herangezogen, ein Land, das angesichts seiner wirtschaftlichen Bedeutung nicht hätte fehlen dürfen. Wir haben das deshalb nicht getan, weil die englischen Lohn- und Preisziffern, verglichen mit denjenigen anderer Länder, leicht irrtümliche Vorstellungen über das englische Lebenshaltungsniveau vermitteln könnten. Grossbritannien, das von jeher zu den Ländern mit einem sehr hohen Preis- und Lohnniveau gehört hat, führte bekanntlich im Herbst 1931 eine Abwertung seiner Währung durch. Im Gegensatz zu den meisten Ländern, die sich zu derartigen Manipulationen entschlossen haben, trat jedoch in Grossbritannien in der Folgezeit keine Steigerung der Preise ein, sondern die einzige Wirkung der inflatorischen Massnahmen war, dass der Abbau der Preise und Löhne, der seit Beginn der Krise eingesetzt hatte, im grossen und ganzen zum Stillstand kam. In Goldwährung umgerechnet, mögen die englischen Löhne und Preise heute niedrig erscheinen; für den Engländer aber enthalten sie dieselbe Kaufkraft wie vor der Währungsabwertung, und ein Papierpfund hat für die Bewohner Englands, solange sie im Lande bleiben, gegenüber dem Goldpfund an innerem Werte nichts eingebüsst. Der englische Index der Lebenshaltungskosten stand 1931 auf 147 und im Oktober 1933 auf 143 (in Papierpfund). Die englischen Löhne haben sich auf einem Niveau stabilisiert, das im grossen und ganzen etwa

In der Mitte zwischen dem schweizerischen und holländischen liegt. Der Rückgang der englischen Arbeitslosigkeit (von 51 im Sommer 1932 auf 39 im Mai 1934) hat erst eingesetzt, seitdem der Abbau der Preise und Löhne im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist und das englische Lebenshaltungsniveau sich auf einer für europäische Verhältnisse sehr ansehnlichen Höhe stabilisiert hat — eine Tatsache, die sicherlich nicht geeignet ist, die These von der Notwendigkeit der « Anpassung » zu unterstützen.

Es konnte sich auf dem zur Verfügung stehenden beschränkten Raume für uns natürlich nicht darum handeln, eine umfassende Wirtschaftsanalyse der bedeutendsten Industriestaaten zu geben, sondern mir mussten uns mit der Hervorhebung einiger typischer Daten begnügen. Die aufgeführten Beispiele dürften aber ausreichen, um zu zeigen, auf welch schwachen Füßen die Behauptung steht, dass hohe Löhne und Preise gleichbedeutend seien mit wirtschaftlichem Stillstand und dass einzig die Senkung des Lohn- und Preisniveaus die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen vermöge. Soweit sich in wirtschaftlichen Dingen überhaupt allgemeingültige Regeln aufstellen lassen, darf man aus den angeführten Zahlen und Vergleichen vielmehr den Schluss ziehen, dass die beste Gewähr für eine wirksame Bekämpfung der Krise die Aufrechterhaltung eines hohen Lohn- und Preisniveaus ist.

Schweizerische Unfallversicherungsanstalt.

Von M. Meister.

Dem Jahresbericht der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt Luzern über das Jahr 1933 ist zu entnehmen, dass auch diese Anstalt nicht von den Abbaumassnahmen des Bundesrates verschont geblieben ist. Durch den Bundesratsbeschluss vom 13. Oktober 1933 betr. ausserordentliche und vorübergehende Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt ist der Beitrag des Bundes an die Verwaltungskosten der Anstalt für das Jahr 1934 um 50 Prozent reduziert und für die drei folgenden Jahre gänzlich eingestellt worden. Gestützt auf die im gleichen Bundesbeschluss dem Bundesrate erteilte generelle Vollmacht zur Kürzung von Bundesbeiträgen ist ferner von diesem beschlossen worden, vom Jahre 1934 an den Anteil des Bundes an den Prämien der Nichtbetriebsunfallversicherung um 20 Prozent zu kürzen. Gerade diese Abteilung arbeitet seit einigen Jahren mit finanziellen Rückschlägen, während die Betriebsversicherung noch in der Lage war, für das Jahr 1933 den Betriebsinhabern 10 Prozent Rückvergütung von den geleisteten Prämien zurückzuerstatten. Dieser Abbau trifft in erster Linie die Arbeitnehmer, denn diese haben neben dem Bund für die Prämienzahlung in der Nichtbetriebsabteilung aufzukommen.